

Pofener Tageblatt

Żurnal Poznański



Verkaufspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— z., mit Zustellgeld in Poznań 4.40 z., in der Provinz 4.00 z. Bei Postbezug monatlich 4.40 z., vierteljährlich 13.10 z. Unter Streifen in Polen, Danzig und Ausland monatlich 6 z. Bezugspreis in Deutschland monatlich 2.50 Rmk. durch Ausland-Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Köln, Stollgasse 25/31. Bei höherer Gewalt Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung behält der Abonnent Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zu driften sind an die Geschäftsleitung des Pofener Tageblattes, Poznań, Aleja Marjańska Piłsudskiego 25, zu richten. Telegrammanfchrift: Tageblatt. Poznań. Postkonten: Poznań Nr. 200 283. (Konto-Zug: Concordia Sp. A. G.). Fernsprecher 6105, 6275.

Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textzeile-Millimeterzeile (68 mm breit) 75 gr. Platzvorrat und schweizerischer Satz 50 Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Annahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge unentlicher Manuskripts. — Für Beilagen zu Schiffsbriefen (Photographien, Zeugnisse usw.) keine Haftung. — Anfertigung von Anzeigenaufträgen: Pofener Tageblatt, Anzeigen-Abteilung, Poznań 3, Aleja Marjańska Piłsudskiego 25. — Postkonto Nr. 200 283, Concordia Sp. A. G., Poznań. — Anzeigenannahme auch durch alle Anzeigen-Vermittlungen des In- und Auslandes. — Gerichts- und Erfüllungsort Poznań. — Fernsprecher 6275, 6105.

78. Jahrgang

Poznań, czwartek, 9-go lutego 1939

Posen, Donnerstag, 9. Februar 1939

Nr. 32

Eine Anweisung an unsere deutschen Zeitungen:

Zur Titeländerung gezwungen!

Die Staroste verlangt u. a. neben dem deutschen Titel unserer Blätter auch eine polnische Uebersetzung — Das Pressedekret enthält keine solche Bestimmung

Dem Verlag „Concordia“, als dem Herausgeber des „Pofener Tageblattes“, der „Deutschen Tageszeitung in Polen“ und der „Heimatpost“, wurde gestern von der Pofener Staroste ein Schreiben zugestellt, in dem der Herausgeber dieser deutschen Zeitungen unter Strafandrohung aufgefordert wird, außer den deutschen Titeln am Kopfe der Zeitungen auch noch die polnische Uebersetzung der Titel zu veröffentlichen. Dergleichen wird eine erneute Aenderung des Impressums notwendig. Die Veränderungen, die unsere Leser heute im Titel finden, erklären sich also aus dieser behördlichen Anordnung.

Das Schreiben, das wir von der Staroste erhielten, lautet:

Ich teile mit, daß Zeitschriften, die in fremder Sprache gedruckt und in Polen herausgegeben werden, verpflichtet sind (neben bzw. unter dem Titel der Zeitschrift), den Titel der Zeitschrift in polnischer Sprache anzuführen, und zwar in kleineren Buchstaben als denen, aus welchen der Titel in der Sprache der Zeitschrift besteht.

Außerdem weise ich darauf hin, daß laut Art. 4 und 15 des Pressedekrets in der Zeitschrift sowohl die Druckerei und der Druckort, der Verleger und der Verlagsort, als auch die laufende Nummer der Zeitschrift, das Datum und der Redakteur in polnischer Sprache angegeben werden müssen.

Die Nichterfüllung der obigen Vorschriften verurteilt Straffaktionen laut Art. 44 des Pressedekrets.

Starosta Grodzki

p. o.

(Mgr. Głodowski).

Die Pofener Staroste beruft sich also auf die Art. 4 und 15 des Pressedekrets, in denen jedoch über derartige Bestimmungen, deren Erfüllung jetzt von uns plötzlich verlangt wird, nichts gesagt wird.

Art. 4 des Pressedekrets lautet: Auf jedem Druckwerk müssen die Anstalt und der Ort der Herstellung, sowie der Verleger und der Ort der Herausgabe in polnischer Sprache angegeben sein.

Art. 15 des Pressedekrets lautet: (1) Auf jedem Exemplar einer Zeitschrift müssen außer den in Art. 4 bezeichneten Angaben die laufende Nummer der Zeitschrift sowie das Datum und der Schriftleiter angegeben sein. (2) Sind mehrere Schriftleiter bestimmt worden, so müssen alle Schriftleiter bezeichnet und der Teil angegeben werden, welcher Schriftleiter jeder von ihnen ist. Mit der

Teil der Zeitschrift auf diese Weise nicht bestimmt worden oder handelt es sich um Pflichten, die nicht mit dem bestimmten Teil verbunden sind, so wird jeder Schriftleiter als Schriftleiter der gesamten Zeitschrift angesehen.

Wir stellen hierzu fest:

Sofort nach dem Erscheinen des Pressedekrets haben wir uns den Bestimmungen, die es enthält, angepaßt und insbesondere die Bestimmungen der Art. 4 und 15 erfüllt. Wir haben nach Art. 4 in jeder Ausgabe unserer Zeitung die Anstalt und den Ort der Herstellung sowie den Verleger und den Ort der Herausgabe in polnischer Sprache angegeben.

Wir haben ferner nach Art. 15 § 1 auf jedem Exemplar einer Zeitschrift außer den in Art. 4 bezeichneten Angaben die laufende Nummer der Zeitschrift sowie das Datum und die Schriftleiter angegeben. Der § 1 des Art. 15, der sich auf die laufende Nummer, Datum und Schriftleiter bezieht, sagt nicht auch mit einem einzigen Wort, daß diese Angaben in polnischer Sprache sein müssen. Lediglich für die Angaben, die Art. 4 vorschreibt, wird ausdrücklich die polnische Sprache vorgeschrieben.

Wir haben schließlich die Bestimmungen über die Benennung der einzelnen Schriftleiter eingehalten, eine Einteilung, die wir sogar bereits vor dem Erscheinen des Pressedekrets

hatten. Auch in diesem zweiten Paragraphen des Art. 15 wird nicht mit einem Worte gesagt, daß sie in polnischer Sprache erfolgen müssen.

Was die Angabe der polnischen Uebersetzung des Titels betrifft, so ist in ganzen Pressedekret nicht ein einziger Hinweis darauf zu finden. Im übrigen dürfte der Fall, daß die Zeitungen einer nationalen Volksgruppe zur Angabe eines polnischen Titels neben dem deutschen gezwungen werden, überhaupt einzigartig dastehen.

Die polnischen Minderheitenblätter im Reich haben selbstverständlich bis jetzt die Freiheit, ihre Titel lediglich in polnischer Sprache zu nennen.

Wir müssen uns der Lage der Verhältnisse beugen, werden aber selbstverständlich eine rechtliche Klärung der Angelegenheit herbeiführen. Der Fall liegt für uns so klar, daß wir unbedingt hoffen, daß bald eine Entscheidung im Sinne des Pressedekrets erfolgt.

Von der gleichen Anordnung wurde die in Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau“ betroffen.

Wer gibt die bessere Garantie?

Warschauer Echo der Aktion Prchalas in der Karpathen-Ukraine

Warschau, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die letzten Ereignisse in der Karpathen-Ukraine, wo der General Prchala gegen die Siecz-Organisation vorgeht, haben in manchen polnischen Kreisen die Hoffnung erweckt, daß die Tschechen das ukrainische Regime wieder besetzen könnten. „ABC“ sagt, die Ungarn hätten sich in der Frage der Schaffung einer gemeinsamen Grenze schwach gezeigt. Unter diesen Umständen habe Polen keine Garantie dafür, daß im Falle eines Anschlusses der Karpathen-Ukraine an Ungarn die ungarische Politik in diesem Lande völlig selbständig sein und sich ausschließlich nach ungarischen Interessen richten würde. Der heutige polnische Standpunkt sei ein anderer als vor einigen Monaten. Er beruhe vor allen Dingen auf der Frage, wer Polen die größere Garantie in der ukrainischen Frage geben werde.

Karmasin in Chust

Ingenieur Karmasin, der Führer der deutschen Volksgruppe in der Slowakei und der Karpathen-Ukraine, der gegenwärtig die Kar-

pathen-Ukraine besucht, stattete am Dienstag Minister Reay einen Besuch ab. Nach der Begrüßung durch den Minister erklärte Ingenieur Karmasin, daß er heute seine Freunde und alten Mitkämpfer von früher in der Karpathen-Ukraine wiederfinde. Die Gleichheit der nationalen Ideen verbinde auch heute die Kämpfer für Volkstum und Freiheit. Die deutsche Volksgruppe in der Karpathen-Ukraine sei gewillt, die Ideen des Nationalsozialismus dort zu verwirklichen.

Karpathen-ukrainische Aufbaupläne

In der Wohnung des erkrankten Vorsitzenden der Karpathen-ukrainischen Regierung, Monsignore Woloschin, fand in Anwesenheit der Minister Reay und des Armeegenerals Prchala ein Ministerrat statt. Es wurde dabei der Beschluß gefaßt, daß die zuständigen Fachleute Anträge zum Bau weiterer Straßen in der Karpathen-Ukraine stellen sollen.

Moskauer Furcht vor dem Antikominternpakt

Erpressungsversuche in Bukarest, Prag und Sofia

Warschau, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Gontec“ druckt eine Prager Meldung über eine angebliche Demarche der Sowjets ab, die in Prag, Sofia und Bukarest erfolgt sein soll. Die Sowjetregierung hat danach diesen Regierungen mitgeteilt, daß sie keine antisowjetische Politik dulden (!!) und aus ihr Konsequenzen ziehen würde, falls nicht eine Aenderung eintreten sollte.

Vor allen Dingen soll es den Sowjets um Rumänien gehen, auf das ein sehr starker Druck ausgeübt werde, sich dem Antikominternpakt anzuschließen. Der Bukarester Regierung soll zu verstehen gegeben worden sein, daß — wenn Rumänien sich in seiner politischen Linie den sowjetischen Forderungen anpasse — die Moskauer Regierung die gegenwärtige sowjetisch-rumänische Grenze anerkennen werde. Gleichzeitig soll auf

das Beispiel Polens hingewiesen worden sein, das nach seinen Erklärungen sich keinem ideologischen Pakt anschließen werde.

Wie viel Wahrheit an diesen Angaben ist, ist natürlich schwer nachzuprüfen. Aus der ganzen Formulierung geht jedoch hervor, daß die Sowjets in Rumänien auf nicht viel Gegenliebe rechnen können.

Rumäniens Außenminister kommt nach Warschau

Warschau, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Botschafter in Bukarest, Graf Raczyński, wurde am Montag vom rumänischen Außenminister Gasencu empfangen und hatte mit ihm eine längere Konferenz, auf der die Frage der Reise des rumänischen Außenministers nach Polen besprochen wurde. Minister Gasencu wird Minister Bed nach der Konferenz der Balkanstaaten einen Besuch abstatten. Es wird infolgedessen mit dem Eintreffen des rumänischen Außenministers in Polen Anfang März, also kurz nach dem Cianobesuch, gerechnet.

Ungarns Bruch mit Moskau

Der Gesandte auf der Durchreise in Warschau Warschau, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Montag abend kam durch Warschau der ungarische Gesandte in Moskau, Arnoch Jungersch, mit seinen Mitarbeitern. Er wurde von dem Presseattaché der ungarischen Gesandtschaft und einigen Journalisten erwartet. Der Gesandte erklärte, er könne nähere Aufklärungen nicht erteilen, so lange er seiner Regierung nicht Bericht erstattet habe. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und der Sowjetunion seien abgebrochen. Die Entscheidung über die Abberufung des sowjetischen Gesandten in Budapest sei nach dem Beitritt Ungarns zum Antikominternpakt gefaßt worden. In Moskau habe das ganze diplomatische Korps, ihn, den Gesandten, verabschiedet. Ob die ungarische Gesandtschaft in Warschau die Pflichten der bisherigen ungarischen Gesandtschaft in Moskau übernehme, sei noch nicht bekannt.

Die Begleitung des Gesandten äußerte sich außerordentlich kritisch über die Zustände in Moskau, den Hunger und den Terror. Wenn man die Grenze von Polen überschreite, habe man den Eindruck, sich in einer völlig anderen Welt zu befinden.

Die Sowjets drohen Japan

Ernster Konflikt um die Fischereirechte im Fernen Osten

Tokio, 8. Februar. Angesichts des Fehlschlagens der Fischereiverhandlungen und der Absicht Moskaus, die Japan vertragsmäßig zustehenden Fischplätze am 15. März zu versteigern, brachten alle Parteien des japanischen Reichstages einmütig eine Entschließung ein. Diese fordert die Regierung auf, Japans Fischereirechte unter allen Umständen zu schützen.

Die Entschließung ist insofern von größter Bedeutung, als in Tokio verlässliche Nachrichten über militärische Maßnahmen Sowjetrußlands einliefen. Danach ist in Wladiwostok ein besonderer Militärstützpunkt bei der Führung der sowjetischen Fernost-Flotte und der zweiten Division der Fernost-Armee eingerichtet worden. Moskau soll angekündigt haben, daß die Sowjetflotte auf jedes japanische Schiff schießen werde, sofern japanische Fischereifahrzeuge in den Sowjetgewässern erscheinen würden.

„Kompromiß auf der Basis der Gerechtigkeit“

Chamberlain zur Eröffnung der Londoner Palästina-Konferenz

Zwei Eröffnungssitzungen...

London, 8. Februar. Die Palästina-Konferenz wurde am Dienstag morgen von Premierminister Chamberlain im St. James-Palast eröffnet. Schon die Eröffnungssitzung brachte augenfällig die Schwierigkeiten zum Ausdruck, vor die sich die Konferenz gestellt sieht. Chamberlain mußte, da die arabischen Delegierten die Vertreter der jüdischen Agentur nicht anerkennen und sich geweigert haben, mit ihnen zu verhandeln, vor zwei Eröffnungssitzungen sprechen — der der Arabervertreter und der der Juden. Außerdem gingen der Eröffnungssitzung noch Schwierigkeiten innerhalb der Araberabordnung voraus. Die Abordnung der Araber aus Palästina, die Anhänger des Mufti sind, drohte nämlich, der Eröffnungssitzung fernzubleiben, falls Vertreter der arabischen „Nationalen Verteidigungspartei“ der Sitzung beiwohnen sollten. Diese Partei ist eine kleine arabische Gruppe, die den Aktivismus der Araber in Palästina ablehnt und glaubt, mit reinen Verhandlungsmethoden die arabischen Ziele erreichen zu können. Das Kolonialministerium hat vergeblich versucht, die Gegensätze zwischen den beiden arabischen Gruppen auszugleichen. Das scheint aber nicht gelungen zu sein, denn in letzter Minute hat sich herausgestellt, daß die „Nationale Verteidigungspartei“ auf ihre Teilnahme an der Eröffnungssitzung verzichtet hat.

Die britische Vertretung

Die britische Regierung ist auf der Palästina-Konferenz durch Premierminister Chamberlain, Außenminister Lord Halifax, Kolonialminister Mac Donald und den Unterstaatssekretär im Außenamt, Butler, vertreten. Auf englischer Seite werden in erster Linie Mac Donald und Butler die Verhandlungen führen.

Die ersten Verhandlungen, die am Dienstag vormittag begannen, fanden zwischen Vertretern der britischen Regierung und den Delegierten der Mufti-Partei sowie den Abgeordneten der arabischen Staaten statt.

Eindrucksvolles Schauspiel

Bei der Eröffnung der Palästina-Konferenz hatte sich vor dem St. James-Palast in strahlendem Sonnenschein eine große Menschenmenge angesammelt, die die Auffahrt der arabischen Delegierten miterleben wollte. Es war ein eindrucksvolles Schauspiel, als ein schwarzes Automobil die Prinzen und Stammelherren des arabischen Volkes in ihren traditionellen, reich mit Steinen bestickten Trachten vor dem Palast auffuhr. Während die ägyptischen Araber in einfachem schwarzen Rock mit rotem Fez vorführten, trugen die Araber aus dem Yemen und den anderen arabischen Staaten Ueberwürfe aus Gold, Grün, Schwarz und Gelb mit der üblichen weißen Kopfbedeckung. Ein starkes Polizeiaufgebot sorgte dafür, daß kein Unberufener den Palast betrat.

Ministerpräsident Chamberlain

eröffnete die Konferenz mit einer Ansprache an die arabischen Vertreter, in der er hervorhob, die Tatsache, daß Vertreter aller arabischen Länder zugegen seien, bedeute auf englischer Seite die Anerkennung der Tatsache, daß zwischen der arabischen Welt eine Gleichheit von Interessen und Gefühlen bestehe. Der Kolonialminister habe vor dem Unterhaus erklärt, daß die britische Regierung in diese Verhandlungen unter den Verpflichtungen hingeingehe, die ihr das Mandat auferlege. Das seien Verpflichtungen sowohl Arabern wie auch Juden gegenüber. Die Regierung sei weiter gebunden mit ihren Verpflichtungen gegenüber Parlament, Geneser Liga sowie Amerika. Dennoch könnten auch Argumente vorgebracht werden, wie die Mandatsform abzuändern sei. Die Erörterungen sollten umfassend, offen und frei sein. Entsprechend diesen Verpflichtungen wolle England die Erörterungen nicht damit beginnen, daß es selbst eine Diskussionsbasis anbiete. Auch wolle es seine eigenen Ansichten nicht eher äußern, bis Arabern und Juden in getrennten Verhandlungen Gelegenheit gegeben sei, ihre Sache vorzubringen.

Die britische Regierung bedauere die unglücklichen Vorkommnisse in Palästina und hoffe, daß Friede und Wohlstand bald wieder hergestellt sein würden. Die englische Politik sei eine Friedenspolitik. Ihre besondere Methode, den Frieden herzustellen, sei eine wahre Verständigung, und der erste wahre Schritt zu einer solchen Verständigung sei die persönliche Fühlungnahme. Das Problem, vor dem die Palästina-Konferenz gestellt sei, sei schwierig; oft habe man es unlösbar genannt; aber je schwieriger das Problem, um so mehr sei er, Chamberlain, von der Bedeutung der persönlichen Fühlungnahme überzeugt.

Die Aufgabe eines Staatsmannes sei es — so fuhr Chamberlain fort —, ein Kompromiß auf der Basis der Gerechtigkeit

zu schaffen, sobald er sich einer Krise zwischen zwei Völkern gegenübersehe. Das sei auch die Aufgabe, die vor der Konferenz liege. Sie sei schwierig, übersteige jedoch nicht die Möglichkeiten einer gemeinsamen Kraftanstrengung.

Prinz Mohamed Abdul Monein, der Führer der ägyptischen Delegation, dankte namens der arabischen Vertreter für den Empfang durch die britische Regierung und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Konferenz zu einer fairen und angemessenen Lösung des Problems führen werde.

Strenge Trennung von Juden und Arabern

Hiermit schloß die Eröffnung der Palästina-Konferenz, soweit die Araber an ihr beteiligt waren. Während die Araber den St. James-Palast verließen, betraten die jüdischen Delegierten, an der Spitze Chaim Weizmann, den Palast durch einen anderen Eingang. Man hatte es peinlichst vermieden, daß selbst beim Hinaus- oder Hineingehen die Delegationen miteinander in Berührung kamen.

Die Verhandlungen noch nicht aufgenommen

Infolge des Fernbleibens der sogenannten gemäßigten Araber von der Eröffnungssitzung der Palästina-Konferenz konnten die ursprünglich beabsichtigten Verhandlungen mit den Arabern am Dienstag nachmittag nicht aufgenommen werden. Die britischen Minister treten am Mittwoch zum üblichen Kabinettsrat zusammen, so daß auch heute keine Verhandlungen stattfinden werden.

Engländerseits wurde mitgeteilt, daß die britische Regierung sich auch weiterhin bemühe, die Frage der Teilnahme der sogenannten gemäßigten Araber an der Konferenz zu regeln. Eine britische Abordnung unter Führung von Mac Donald habe heute die gemäßigten Araber in ihrem Hotel aufgesucht. Bisher sei allerdings noch keine Vereinigung erfolgt.

Großaktion gegen Arabermifflungen

Grosse Beute der arabischen Freiheitskämpfer Beirut, 8. Februar. Angeichts der beginnenden Verhandlungen in London hat die britische Regierung, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, eine militärische Großaktion gegen die arabischen Freiheitskämpfer in Palästina eingeleitet. Der beabsichtigte große Schlag, der die Londoner Konferenz beeindrucken sollte, ist aber allem Anschein nach mißlungen.

Seit Tagen werden große britische Truppenmassen, anscheinend 10 000 bis 15 000 Mann, konzentriert auf das Bergmassiv Abud bei Jenin angeheert, wo arabische Freiheitskämpfer, die hier zu einer Beratung zusammenkamen, umzingelt werden sollten. Die arabische Presse in Syrien berichtet von Kämpfen, die für beide Seiten verlustreich waren. Die Araber haben, wie die arabischen Zeitungen melden, mehrere britische Kampfflugzeuge abgeschossen und vier Tanks erbeutet; ferner seien 187 Gewehre, 76 Munitionskisten, ein Maschinengewehr und viele Zugtiere in die Hände der Araber gefallen. Das Ziel der britischen Großaktion wird als mißlungen angesehen.

Protest durch Generalstreik

Beirut, 8. Februar. Die französischen Behörden verhafteten am Montag in Latakia, der Hauptstadt des Mautengebietes, zwei syrische Abgeordnete sowie einen Angestellten des syrischen Innenministeriums unter der Beschuldigung, sie hätten den vom syrischen Nationalklub anlässlich des Besuchs des französischen Oberkommissars durchgeführten Generalstreik organisiert.

Welchen Anklang die Generalstreikidee in ganz Syrien findet, beweist, daß auch die syrische Stadt Homs anlässlich des bevorstehenden Besuchs des französischen Oberkommissars einen Generalstreik durchführt.

Keine „revolutionäre Maßnahme“

DZM-Presse zur Satzungsänderung der Bank Polsti

Warschau, 8. Februar. (Eigener Bericht.) Zu der Satzungsänderung der Bank Polsti nimmt die „Gazeta Polska“ in einer sehr gemäßigten Form Stellung. Das Blatt unterstreicht, daß es sich hier um keine Konjunktur-Ankurbelung und keine irgendwie revolutionäre Maßnahme handele, sondern um die Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung. Mit viel stärkeren Akzenten äußern sich andere DZM-Blätter, wie „Gazeta Poranny“ und „Kurier Poranny“. „Gazeta Poranny“ erklärt, daß Polen auf dem Weg zu einem besseren Morgen sei. Ungeheure wirtschaftliche Werte warteten auf die Ausnutzung. Finanziell gesehen könne nur ein allgemeines Ansteigen der

Preise dafür ein Zeichen sein, daß die zulässige Finanzgrenze erreicht sei. Die Presse in Polen wies aber eine fallende Tendenz auf. „Kurier Poranny“ ist befriedigt, daß Polen in der Emissionspolitik endgültig über den toten Punkt hinweggekommen ist, und daß es die Freiheit zur Kreditexpansion besitzt. Das Blatt wirft die Frage auf, ob die Satzungsänderungen der Bank Polsti radikal genug seien. Es erklärt, daß man schon heute eine Antwort darauf erteilen könne. Es beflehe aber nicht das geringste Hindernis, in Zukunft in der gleichen Richtung weiterzugehen und die Hemmungen im Geld- und Kreditwesen zu beseitigen. Vergrößerte Produktion erfordere vergrößerten Geldumsatz.

Britische Anerkennung für das AdF-Werk

Die Leiter der Organisation „Freude und Arbeit“ bei König Georg VI.

London, 8. Februar. Die Mitglieder des Internationalen Beratungskomitees, das zurzeit in London tagt, um den nächsten Weltkongreß „Freude und Arbeit“ vorzubereiten, wurden am Dienstag von König Georg VI. im Buckinghampalast empfangen. Unter den Mitgliedern befand sich auch Reichsleiter Dr. Ley.

Anlässlich des Empfanges der Mitglieder des Internationalen Beratungsausschusses der Organisation „Freude und Arbeit“ durch den englischen König widmen die „Times“ den Leistungen Deutschlands und Italiens auf diesem Gebiet einen Leitartikel, in dem das Blatt u. a. schreibt, die weiten Fahrten der R. d. F.-Dampfer und die Leistungen des italienischen Feiertagswerkes seien gewaltige Errungenschaften des nationalsozialistischen und des faschistischen Regimes. Es sei ein großartiger Fortschritt, daß sogar Menschen mit geringem Einkommen sich weite Reisen leisten und die besten Opern der Welt hören könnten.

Parteienkonzentration in Tokio

Tokio, 8. Februar. Wie aus Japan gemeldet wird, stehen im Zuge der schon längst geplanten Neuordnung des Parteiwesens wichtige Veränderungen im parteipolitischen Leben Tokios bevor. In den nächsten Tagen wollen sich die nationalistischen Gruppen Tohofai und Kokumindomei mit dem Großteil der Partei Shaitaijutos zusammenschließen und eine neue Partei gründen, die unter der Führung Seigo Katanos, des bisherigen Präsidenten der Tohofai, stehen soll. Außerdem sollen die bisherigen Präsidenten Nishi und Abe von der Kokumindomei und Shaitaijutos an der Führung beteiligt sein. Als Berater werden sich die bekannten Nationalisten Toyama, Tokutomi und Miyake beteiligen. Wie weiter verlautet, sollen auch einige Splittergruppen in der Neugründung aufgehen.

Eine Niederlage nach der andern

Léon Blum in der Kammer zweimal geschlagen

Paris, 8. Februar. Die Kammer setzte am Dienstag die Aussprache über das Amnestiegesetz fort. Der Justizminister und der Ministerpräsident griffen in die Erörterungen ein und befüworteten die Annahme des radikal-sozialen Gegenvorschlages. Der Justizminister betonte erneut, daß die Regierung eine Amnestie der Gewalttaten ablehne. Ministerpräsident Daladier stellte zur Annahme des radikal-sozialen Gegenvorschlages, der individuelle Amnestiemaßnahmen vorsieht, die Extraroussefrage, während Léon Blum auf der Annahme des sozialdemokratischen Amnestieentwurfes bestand. Artikel 1 und 2 wurden mit 334 gegen 260 Stimmen angenommen.

In der Kammer versuchte darauf die Linke durch einen Zusatzantrag zu Artikel 2 des Amnestiegesetzes wieder ihre Wünsche einzuschalten. Der Justizminister und der Arbeitsminister wiesen diesen Vorstoß zurück. Die Kammer schritt daraufhin nochmals zu einer Abstimmung. Die Gesamtheit des radikal-sozialen Gegenvorschlages bezüglich der Amnestiefrage wurde unter Stellung der Vertrauensfrage mit 344 gegen 247 von insgesamt 591 Stimmen angenommen.

Abordnung polnischer Juden bei Lord Winteron

Warschau, 8. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In London weilt eine Abordnung von Juden aus Polen mit Senator Prof. Schorr an der Spitze, die am Dienstag von Lord Winteron, dem Vorsitzenden der Internationalen Konferenz für jüdische Flüchtlinge, empfangen wurde. Die Abordnung stellte dem Lord die Lage der Juden polnischer Staatsbürgerschaft dar, die aus Deutschland nach Polen ausgewiesen wurden, und forderte, daß die Konferenz von Evian sich auch mit dieser Frage beschäftigen sollte.

In Kürze

Königsbesuch im Panzerwagen. Die kanadische Regierung ersuchte amerikanische Automobilfirmen um sofortige Einreichung von Angeboten und Zeichnungen von gepanzerten Limousinen für das englische Königs-paar. Die kanadische Regierung befürchtet, daß die irischen Bombenattentate auch noch während des beabsichtigten Königsbesuches in Kanada ausgeht werden könnten.

Einfuhrfreiheit für die Auslandspreise ins Memelland. Auf den Protestschritt des Memelland-Direktoriums an den Gouverneur der litauischen Regierung hinsichtlich der Einfuhr ausländischer Waren, Filme und Presseerzeugnisse, die bekanntlich einer statutenwidrigen Zensur durch zentrallitauische Behörden des Memellandes unterlagen, wird zunächst ab sofort die Zensur von Presseerzeugnissen eingestellt.



Der neue Außenminister Cincar-Markowitsch, bisheriger jugoslawischer Gesandter in Berlin.



Ministerpräsident Dragisa Djaskovic, von dem man die Lösung der Kroatenfrage hofft!

Zur Regierungsumbildung in Jugoslawien

Kein Kurswechsel in Jugoslawien

Erste Sitzung der Regierung Zwetkowsch Belgrad, 8. Februar. Die Regierung Zwetkowsch trat am Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Ministerpräsident und Innenminister Zwetkowsch forderte die Minister auf, ihre Ressortarbeit schnell, ohne Fehler und Unregelmäßigkeiten durchzuführen. Die neue Regierung, so erklärte er weiter, wolle die Tätigkeit der vorhergehenden im großen ganzen fortsetzen.

Dann berichtete der Finanzminister Djuritsch über den Staatshaushalt, der bereits von der Regierung Stojadinowitsch ausgearbeitet wurde und mit geringen Ver-

änderungen demnächst der Skupschtina vorgelegt werden soll.

Da der neu ernannte jugoslawische Außenminister Dr. Cincar Markowitsch an der sofortigen Uebernahme seines Amtes durch seine bisherige Stellung als Gesandter in Berlin verhindert ist, wurde Verkehrsminister Dr. Mehmed Spaho mit der vorübergehenden Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministers beauftragt.

Sofortiger Ausschluss von Juden aus der italienischen Wehrmacht. Das Amtsblatt veröffentlicht das Durchführungsgeheiß über den endgültigen und mit sofortiger Wirkung in Kraft tretenden Ausschluss der jüdischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aus der italienischen Wehrmacht und der faschistischen Miliz.

Vier Bedingungen Italiens

Deutliche römische Stellungnahme zur Spanienfrage

Rom, 8. Februar. Zur Spanienfrage erklärt der Direktor des „Giornale d'Italia“, man könne keinen Unterschied zwischen einem militärischen und einem politischen Sieg Francos machen. Diejenigen Kreise, die trotz der wiederholten klaren amtlichen italienischen Stellungnahme immer noch einen solchen Unterschied machen möchten, bewiesen damit nur allzu deutlich ihre Absicht, den militärischen Sieg Francos abzuschwächen, indem sie seine notwendige und logische Krönung durch die Politik zu verhindern suchen. Die Zurückziehung der italienischen Freiwilligen hänge von folgenden Voraussetzungen ab:

- 1) Vollkommene Demobilisierung und Zerstreuung der nach Frankreich geflüchteten rotspanischen Heere, die sonst noch immer eine Gefahr für das nationale Spanien darstellen würden.
- 2) Auseinandergehen und Unschädlichmachung der nach Frankreich geflüchteten rotspanischen Machthaber, deren Anwesenheit in Frankreich an sich schon sonderbar und bedenklich erscheine.
- 3) Bedingungslose Kapitulation der Roten in- und außerhalb der Grenzen Spaniens.
- 4) Rückgabe der geraubten und nach Frankreich verschleppten Schätze Spaniens, die nicht nur ein nationales Gut, sondern einen Kriegsfonds darstellen, sowie Rückgabe des Geldes der spanischen Nationalbank.

Das Problem des politischen Sieges sei also, wie das halbamtliche Blatt betont, von den Roten und ihren Freunden geschaffen worden, die es zu einem unzerstörbaren Element des militärischen Sieges gemacht hätten. Die Franzosen seien seinerzeit die ersten gewesen, die mit den Waffen gegen das nationale Spanien intervenierten, ebenso, wie sie heute die ersten seien, die politisch gegen die Nationalen auftreten.

General Franco habe den Krieg unternommen, um Spanien von der Roten Gefahr und von fremden Einflüssen zu befreien, um ein erneuertes und auf neuen logischen und politischen Grundslagen aufgebautes Spanien den Spaniern zurückzugeben. Nur sein politischer Sieg stelle also das Endziel seiner militärischen Aktion dar. Diesen politischen Sieg haben Italien und Deutschland öffentlich und offiziell als ihren Standpunkt zum spanischen Problem angekündigt, was sich schon daraus ergebe, daß sie die Regierung Franco, d. h. seine politische Bewegung, schon im Frühjahr 1937 anerkannt. Frankreich und England hätten also keinen Grund, sich über die erklärte Solidarität Italiens und Deutschlands auch für den politischen Sieg Francos zu verwuntern. Man müßte sich vielmehr darüber wundern, daß man immer noch und während man bereits eine vernünftige Haltung gegenüber der Regierung des siegreichen Franco hervorkehre, in Paris und London einen Unterschied zwischen dem Sieg der Waffen und dem Sieg der Politik machen wolle, die doch der Anlaß zu diesem blutigen Konflikt gewesen sei.

Der Direktor der „Tribuna“ weist auf den Unterschied hin, der zwischen der 181 nach der Schweiz übergetretenen französischen Armee und den jetzt nach Frankreich geflohenen roten Horden bestehe die zum großen Teil schwerer noch zu löbender Verbrechen schuldig seien und deshalb allen Grund hatten, das Freilich der Uebergabe vorzuziehen. Wollte Frankreich wirklich, so fragt das angegebene Blatt, aus diesen Banden, die niemand seinen schlimmsten Feinden als Soldaten würdigen würde, eine Legion machen? Es wäre ein würdiger Preis für den, der aus blinder Inertie oder falscher Bewertung der politischen und strategischen Interessen einen grausamen und blutigen Krieg nährte. Der spanische Bolschewismus, den Paris zur Sicherung der Pyrenäenbarriere unterstützte, werde die Reihen des verbrecherischen französischen Bolschewismus erweitern.

Naczelný redaktor: Günther Rinke.

Dział polityczny: Günther Rinke; dział lokalny i sport: Alexander Jursch; dział gospodarczy i prowincja: Eugen Petrucci; kultura, sztuka, felieton i dodatek rozrywkowy: Alfred Loake; dla pozostałej reszty działu redakcyjnego: Eugen Petrucci; dział ogłoszeń: Hans Schwarzkopf. (Wszystko w Poznaniu, Al. Marsz. Pilsudskiego 25.) Zakład i miejsce odbicia, wydawca i miejsce wydania: Concordia, Sp. Akc., Drukarnia i wydawnictwo, Poznań, Al. Marsz. Pilsudskiego 25.



Die Flucht der geschlagenen Roten über die Grenzen

Unaufhörlich ist der Strom der geschlagenen roten Milizen, die in Frankreich ihre Rettung suchen. Die französische Regierung hat umfangreiche militärische Maßnahmen treffen müssen, um Zwischenfälle zu verhindern. Man sieht auf unserem Bild, daß die meisten dieser Milizen mit Koffern und Paketen beladen sind. Das kann ihre militärische Ausrüstung nicht sein. Sie werden es sicher genau so gemacht haben wie ihre Häuptlinge und das zusammengefohlene Gut in Sicherheit zu bringen suchen.

Pariser Regierung lehnt ab

Verbot rotspanischer Operationen von französischem Gebiet aus

Paris, 8. Februar. Im Senat begann am Dienstag die Aussprache über die vorliegenden außenpolitischen Interpellationen, bei der der Innenminister erklärte, daß es dem rotspanischen „Regierungsausschuß“ nicht gestattet werde, von Frankreich aus weiter zu regieren. Innenminister Sarraut sagte dabei u. a., daß die französische Regierung einer „vertorbenen oder bestehenden spanischen Regierung“ nicht gestatten könne, sich auf französischem Boden einzurichten, um hier ihre politische Aktivität fortzusetzen oder militärische Operationen zu leiten. Die französische Regierung habe Maßnahmen ergriffen, die diese Grundzüge der Nichtmischung respektierten.

Nach der Eroberung der Kreisstädte Mot und Ripoll verbleibt als einziger größerer Ort in Sobhettatalonien Figueras. Diese

Stadt ist nunmehr das Ziel der fehligen Operationen der nationalspanischen Truppen.

Die nationale Heeresleitung besitzt ein besonderes Interesse daran, Figueras schnellstens zu erreichen, um die Grenzstaaten der Anarchisten zu verhindern, die dort die Macht übernommen haben. Die nationalen Truppen rücken in Eilmärschen auf die Stadt vor. Der Vormarsch wurde jedoch durch den Umstand erschwert, daß am Fluviu-Fluß sämtliche Brücken gesprengt waren. Die Offensivarmee hat aber dennoch den Fluß auf Behelfsbrücken überbrückt. Auch die Artillerie hat das andere Ufer erreicht und ein mörderisches Feuer auf die Sowjetstellungen vor Figueras eröffnet. Das Artilleriefeuer nahm eine Stärke an, wie es seit der Ebro-Schlacht nicht mehr zu verzeichnen war.

Der nationale Heeresbericht meldet, daß der

Vormarsch bei der Säuberung Nordkataloniens immer rascher vor sich gehe. So habe eine Kolonne am Dienstag 28 Kilometer zurückgelegt, obwohl sie durch große Sprengungen an den Straßen und an allen Brücken stark behindert worden war.

Im Abschnitt Seo de Urgel gelangten die nationalspanischen Truppen bis unmittelbar an den Grenzort Puigcerda heran.

Im Abschnitt zwischen Berga und Ripoll wurde das Gebiet restlos von bolschewistischen Nachzügeln gefäubert. Zwischen Ripoll und Mol wurden sämtliche Ortschaften besetzt.

Die Bevölkerung empfing die nationalen Truppen mit ehrlicher Begeisterung. Am Dienstag wurden 2325 Gefangene gezählt. An den wenigen Stellen, an denen die Sowjettruppen Widerstand versuchten, erlitten sie schwere Niederlagen unter hohen Verlusten.

Eine einsichtsvolle Bilanz

Starke britische Kolonialarmee unmöglich — Logische Schlussfolgerungen aus dem Weltkrieg und der veränderten Lage

London, 8. Februar. Der Militärkorrespondent der „Times“ legt in einem längeren Artikel ausführlich und eindringlich die Schwierigkeiten dar, die sich für die Entsendung einer britischen Armee nach dem Kontinent im Falle eines Krieges ergeben würden. In einem Rückblick auf den Weltkrieg stellt der Korrespondent zunächst fest, daß England noch nie unter so günstigen Bedingungen in einen Krieg gezogen sei wie 1914. Keine Bedrohung der britischen Inseln aus der Luft und materiell und geographisch bessere Lage der Flotte, härtere wirtschaftliche Lage, stärkere Verbündete — das sei heute alles anders. Die Idee einer unbegrenzten militärischen Anstrengung sei für England undurchführbar und grausam Theorie. Ebenso sei der Gedanke eines absoluten Sieges durch völlige Entwaffnung eines Feindes lediglich eine Spekulation, wie die Kriege in Spanien und China bewiesen. Die moderne Verteidigung werde ein unüberwindliches Abwehrmittel gegen angreifende Truppen. Für England kämen besondere Schwierigkeiten hinzu. Die Größe einer Expeditionarmee hänge von der Zahl der Schiffe ab, die England für den Transport zur Verfügung stellen könne, ohne den Bestand der Flotte zu gefährden. Es würde eine Verdrängung sein, Englands Militärmacht zu Lande auf Kosten seiner Seemacht zu vergrößern. Da die Verteidigung gegen Luftangriffe heute für England äußerst wichtig sei, könne England es sich nicht leisten, die Luftverteidigung durch ein weitgehendes Eingreifen in einen Landkrieg zu schwächen.

In einem zweiten Artikel setzt der Militärkorrespondent der „Times“ seine Betrachtungen in der Frage einer Armee für den Kontinent fort.

Die Wiederbesetzung der Rheinlande, der Anschluß, die Erfüllung deutscher, ungarischer und polnischer Forderungen an die Tschcho-Slowakei hätten in dem strategischen Gleichgewicht der Mächte weitreichende Veränderungen hervorgerufen. Die Franzosen könnten nicht mehr mit den mächtigen Streitkräften rechnen, die Deutschland

früher an seiner Ostgrenze hätte zusammenziehen müssen!

Selbst wenn England sein ganzes Menschenmaterial nach Frankreich werfen und es ohne Rücksicht auf seine Bedürfnisse zur See und in der Luft ausrüsten könnte, würde die kombinierte englisch-französische Armee nicht annähernd an die Ueberlegenheit der zusammengefaßten deutschen Wehrmacht heranreichen können und nicht in der Lage sein, einen Sieg

durch einen erfolgreichen Angriff davonzutragen.

Die militärische Lage von 1918 hätte nicht anhalten können und habe auch nicht angehalten. Die Wiedergeburt Deutschlands sei von Großbritannien nicht nur als unerwünscht, sondern auch als notwendiger Beitrag zur Stabilisierung des Kontinents angesehen worden. Es sei nicht so sehr die Stärke der deutschen Waffen, als vielmehr die Kraft der deutschen Argumente gewesen, die es Deutschland ermöglicht habe, seine Souveränität nach drei Richtungen hin ohne Krieg auszudehnen. Es sei wahr, daß diese Ereignisse militärische Verluste für Frankreich mit sich gebracht hätten. Abschließend stellt das Blatt fest, daß die französische Einkreisungspolitik für Deutschland stets eine Provokation dargestellt habe.

Polnische Gegenaktion?

Bemerkenswerte Propaganda zur Einigungsaktion der Ukrainer

Warschau, 8. Februar. (Fig. Drahtbericht.) Die inneren Auseinandersetzungen in der Unkopartei haben, wie bereits gestern gemeldet, damit geendet, daß eine Verständigung mit der Unkopopposition erzielt worden ist. Zur Beseitigung der politischen und personellen Meinungsverschiedenheiten wurde eine Kommission gebildet, die zu dem Ergebnis kam, daß die Lage des ukrainischen Volkes im gegenwärtigen Augenblick eine innere Einheitlichkeit der Partei und eine allgemeine nationale Geschlossenheit erfordere. Für die künftige Zusammenarbeit wurde festgestellt, daß man gemeinsam kämpfen werde um die Rechte des ukrainischen Volkes und um ein Zusammengehen mit anderen ukrainischen Organisationen bei den Gemeindevahlen. Um die Zusammenarbeit in der Partei zu regeln, wurde bekanntlich die Neuwahl der Parteiorgane durchgeführt. Die Opposition ist in der Parteiführung nunmehr zahlreich genug vertreten. Am bemerkenswertesten ist die Rückkehr des ehemaligen Vorsitzenden der Partei, Wiewitsch, zu einer politischen Rolle. Der bisherige Generalsekretär der Partei, Oberst Celowicz, ist aus dem Parteipräsidium ausgeschieden. Die Einigung ist hauptsächlich dank den Bemühungen von Wudrny zustande gekommen.

„Dobry Wiecej“ macht starke Propaganda für das polnische Element in Ostgalizien, das die Stellung im Staate erhalten müsse, die ihm nach Lage der Dinge gebühre. Man müsse vor allem an zwei Dinge denken, einmal an eine möglichst zahlreiche Ansiedlung polnischer Bauern und zum anderen an die religiösen und kulturellen Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung. Auf Staatsgütern könne man sehr gut polnische Bauern ansiedeln. In religiöser Beziehung sei es angebracht, neue römisch-katholische Pfarrämter zu schaffen, die sich dem bisherigen System des „Stehlens polnischer Seelen“ durch griechisch-katholische Geistliche entgegenstellen können.

Hauptschriftleiter: Günther Rinke.

Verantwortlich für Politik: Günther Rinke; für Lokales u Sport: Alexander Jursch; Provinz und Wirtschaft: Eugen Petrucci; Kunst und Wissenschaft: Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Alfred Loake; für den übrigen redaktionellen Inhalt: Eugen Petrucci; für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Alle in Posen, Aleja Marsz. Pilsudskiego 25. — Verlag und Druckort, Herausgeber und Ort der Herausgabe: Concordia Sp. Akc., Druckerei und Verlagsanstalt, Posen, Al. Marsz. Pilsudskiego 25.

Leszno (Lissa)

eb. Lissas Straßenbeleuchtung. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden mehrere Straßenzüge unserer Stadt mit einer neuen Gas-Beleuchtungsanlage versehen...

Rawicz (Rauwisch)

Meisterkurse. Der bereits angekündigte Meisterkurs des Großpolnischen Verbandes Christlicher Handwerker wird am Sonntag, dem 12. Februar, um 16 Uhr in der Schule Nr. 2 eröffnet...

Nowy Tomysl (Neutomischel)

an. Der Verein Deutscher Katholiken in Neutomischel und Umgegend hielt am 5. d. M. 15.30 Uhr seine diesjährige Generalversammlung ab...

Deutschland verprochen war. Sie sollten auf geheimen Wegen über die deutsch-polnische Grenze gebracht werden. Alle 15 Personen und der betrügerische Führer wurden verhaftet...

Kalisz (Kallisch)

Schlägerei in der Synagoge. Unter den Juden in Kalisz besteht seit längerer Zeit Uneinigkeit. Am Sonntag hatten die Zionisten in der Synagoge in der Krótkastraße eine Versammlung einzuberufen...

Miedzzychód (Birnbäum)

Betrügerische Arbeitsvermittlung. Am Montag, 29. Januar, wurden zwölf Männer und drei Frauen in der Nähe von Prusim auf der Chaussee von Posen zur deutsch-polnischen Grenze von einem Polizeiposten und einem Geheimbeamten der Grenzwehr angehalten...

Aufregende Verbrecherjagd

Der Raubüberfall in Schildberg — 8 und 9 Jahre Gefängnis für die Täter

ei. Vor dem Bezirksgericht in Schildberg fand das Nachspiel des Raubüberfalls statt, der im Oktober des vorigen Jahres in der Kolonialgroßhandlung von Waclaw Góra in Schildberg verübt wurde...

Aus der Akteakte und dem Zeugenverhör ergab sich folgendes Bild: Am 13. Oktober 1938 drangen in die Büroräume der Großhandlung von Góra zwei Männer ein...

Der Polizeiposten in Mitzstadt wurde sofort telefonisch verständigt. Der Leiter des Postens Swierczyński und der Polizist Abryjcie-

wicz eilten in die Koscielnastraße, wo sie bereits das gemeldete Auto herantommen sahen. Swierczyński stellte sich mitten auf dem Fahrdamm auf, legte den Karabiner an und gab dem Chauffeur durch Zeichen zu verstehen...

Die weitere Untersuchung ergab, daß das Auto von Stelmach dem Ingenieur Adam Rosowski aus Chorzów in der Nacht vorher geschleht worden war.

Das Gericht verurteilte jetzt Opaszewski und Golażczyk zu je 9 Jahren und Stelmach zu 8 Jahren Gefängnis. Allen dreien wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abgeprochen.

Szamocin (Samotschin)

ds. Wochenmarktbericht. Auf dem letzten Wochenmarkt wurden gezahlt für ein Pfund Landbutter 1,20—1,30, Molkereibutter 1,50, Weiskäse 20—25, ein Liter Sahne 1,60...

ds. Vertagung der Jahreshauptversammlung des B. d. K. Die für den letzten Sonntag anberaumte Jahreshauptversammlung des Vereins deutscher Katholiken, zu der Geschäftsführer Prig-Posen erschienen war, konnte wegen nicht vollzähliger Erscheinens der Mitglieder nicht stattfinden...

ds. Vergrößerung des Stadtgebiets. Das Stadtgebiet Samotschin wurde durch Einverleibung der Dorfgemeinde Samotschin-Dorf, von Marjanka mit Bahnhofs, einschließl. Chauffeehaus, Smolary, Waldhaus von Slawinski, Ludwigslust, ein Teil von Freundsthal und des Hellsdorfer Weges vergrößert...

Budzyn (Budfin)

ds. Blutige Wahlversammlung. Am vergangenen Sonntag fand hier eine Wahlversammlung statt, zu welcher einige Redner aus Kolmar und Posen erschienen waren. Nach Beendigung der Reden kam es zwischen einigen Zuhörern und den Rednern zu einer blutigen Schlägerei...

Szubin (Schubin)

§ Kommunalzuschläge zu den Staatssteuern. Der Kreisrat hat in seiner letzten Sitzung folgende Zuschläge zu den Staatssteuern beschlossen: a) 50 Prozent der Patentgebühr bei der Verarbeitung von Spiritus und Hefe...

Chodzież (Kolmar)

§ Unglücksfall. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Chaussee zwischen Kolmar und Podanin. Der Chauffeur der Firma Mielke fuhr mit seinem Motorrad nach Podanin, als ihm ein Radfahrer, der Landwirt Stelmacher aus Strozewicz entgegenkam...

Toruń (Thorn)

ng. Selbstmord. In Gurske verübte der dort wohnhafte, 33 Jahre alte Karol Burzowoda Selbstmord, indem er sich mit einem Leßing in die Nähe des Herzens schob. Der Grund zu dem Freitod ist unbekannt.

Chojnice (König)

ng. Jahreshauptversammlung des Deutschen Frauenvereins. Der Deutsche Frauenverein hielt in den Räumen seiner Kleinkinderschule seine Jahreshauptversammlung ab. Die erste Vorsitzende, Frau Luise Gehrke, erstattete den Jahres- und Tätigkeitsbericht...

Tarnowo Podg. (Schlehen)

Stiftungsfest der „Concordia“

Am vergangenen Sonntag feierte der hiesige Gesangsverein „Concordia“ in Fengerss Gasträumen sein 40jähriges Stiftungsfest, das gut besucht war. Eingeleitet wurde die Feier vom Männerchor mit dem Liede: „Gott, du bist meine Zuversicht“...

Mogilno (Mogilno)

ü. Dampfmachine verursacht Feuer. Am Dienstag mittag entstand beim Dreschen mit der Dampfmachine auf dem Gehöft des Landwirts Jalewski in Parlinel Feuer. Die Scheune und der Stall wurden eingeeigert. Mitverbrannt sind 20 Fuhren Weizen, 10 Fuhren Roggen sowie landwirtschaftliche Maschinen...

Barcin (Barlschin)

ü. Von der Stadtverordnetenversammlung. Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, folgende Kommunalzuschläge zu den staatlichen Steuern zu erheben: 37 1/2 Prozent von den Grundsteuern, 4 Prozent vom Einkommen und 20 Prozent von den Gebäudesteuern...

hs. Schiffabri.

Sonnabend traf das Motorschiff der Wasserbauverwaltung Posen „Wanda“ im hiesigen Hafen ein, um einen Bagger für die Kanalbaufirma Aldermann-Rotterdam (Holland) abzuholen...

hs. Unfall.

Beim Möbeltransport für den neuen Oberförster Stypczyński aus Bolewice, Kreis Neutomischel, nach der hiesigen Oberförsterei durch die Firma Goldmann-Neutomischel mußte der Möbelwagen einem begegnenden Wagen auf der großen Warthebrücke ausweichen...

Oborniki (Obornik)

rl. Plöcklicher Tod. Der hiesige Hausbesitzer Urbanik aus der Samterstraße stürzte, als er die genannte Straße entlangfuhr, plötzlich vom Rade. Mit dem zufällig vorbeifahrenden Autobus Samter-Obornik wurde er sofort ins hiesige Krankenhaus gebracht...

rl. Verhgang. Der hiesige Inkerverein veranstaltete am 14. und 15. Februar einen Lehrgang zum Erlernen des Baues von Bienenhäusern aus Stroh. Der Kurus findet in der Samterstraße bei Przybył statt...

das nördlich von Freiburg liegt. Es ist die Heimat der „Sudbige“, die zwischen Fastnachtsonntag und Fastnachtdienstag wie das wilde Heer im Städtchen herrschen. Braunrote Schredmasken durchaus dämonischen Charakters, ein mit raselnden Schneidenhäutern besetzter Dreispitz und ein braunrotes, aus Hunderten von Stoffstücken zusammengesetztes Gewand machen den Sudbiddig unheimlich und geben ihm ein wahrhaft schauriges Aussehen...

Aus dieser Artümllichkeit kommt man in Billingen, Donauessingen, Kottweil und einigen kleineren Orten dieser Gegend in eine scheinbar viel hellere, zivilisiertere Welt des Fastnachtsbrauchtums. Die Masken sind nicht finstler, drohend, schreckend, sondern überraschend lieblich, hell, fast nichtsagend glatt. Dazu kommen diese „Karras“ und „Saniele“ nicht wild daher gestürzt, sondern in einem eigentümlich gezügten, rhythmischen Bewegungstakt. Sie sind pompös anzusehen in ihren weiten,

weißen mit allerlei symbolischen Figuren bemalten Gewändern. Die Maske wird vom Ansatz einer Allonge-Perrücke abgeschlossen, ein Fuchschwanz hängt ihr nach hinten herab, um den Hals baucht sich eine kunstvoll gestrickte weiße Halskrause. Ein hölzernes Schwert, ein schweres, oft bis zu 60 Pfund und mehr wiegendes bronzenes Glockengehänge gehören weiter zur Ausstattung der Billinger Karras und ihrer Kottweiler, Hüfänger, Bräunlinger Brüder.

Die dritte Gruppe dieser alemannischen Fastnachtsbräuche ist am Bodensee und in seiner näheren Umgebung beheimatet. Das Zentrum ist Ueberlingen. Auch hier heißen wie in Billingen die Fastnachtsgestalten Hansle, aber wie fern sind sie dem hellen, etwas pathetisch wirkenden Billinger, wie fern auch den ertümllichen Elzähern. Von Kopf bis Fuß sind sie in ein Franzengewand eingehüllt, das trotz weißer und bunter Franzen, trotz seiner unzähligen silbrig schimmernden Glöckchen durch seine schwarzen Franzen eher schwarz als bunt wirkt. Holzmasten tragen die Ueberlinger nicht, der Kopf wird von einer haubenartigen Kappe verhüllt, die statt der Nase einen langen Rüssel trägt. Wie in Billingen sind auch sie mit einem Fuchschwanz geschmückt. Es sind ziemlich unheimliche Gestalten, diese Ueberlinger Hansle und es mag etwas für sich haben,

wenn man sie aus den Teufelsgestalten der mittelalterlichen Mysterienspiele ableiten will. Ihr besonderes Merkmal ist wie überall ein Lärminstrument, das, so sehr Aussehen und Aufmachung dieser Fastnachtsgestalten im Laufe der Jahrhunderte sich geändert haben mögen, doch immer eines der sichersten Kennzeichen des alten Frühlingsbrauchtums ist. Haben die Elzähler Schweinsblasen, die Billinger ihre schweren Glockengehänge, so haben die Ueberlinger „Karrbasschen“, vier bis sechs Meter lange Peitschen an kurzen Stielen.

Man weiß über diese Bräuche, über Herkunft und Wandlung der Kostüme und Masken aus der schriftlichen Ueberlieferung wenig, oft genug gar nichts. Aber so wenig der uralte Charakter und Sinn dieses Brauchtums anzuzweifeln sind, ebensovienig ist seine Lebendigkeit und Echtheit zu verkennen. Man steht bei diesen Bräuchen nicht einer Erstarrung gegenüber wie z. B. bei den meisten Volkstrachten, sondern etwas durchaus Lebendigem, das in tiefste Schichten reicht. Nur eines könnte dieses Brauchtum iden: daß man es zu sehr betastet und in des Licht der Öffentlichkeit zerzt, was ihre Träger mit gutem Instinkt gar nicht wollen. In dem Augenblick, in dem diese Bräuche Gegenstand allzu heftiger Fremdenneugier oder gar Objekt des Fremdenverkehrs werden, ist ihr Schicksal besiegelt.

